

Absender:

Datum _____

Stadt Mainz
**z.Hd. Frau Dezernentin Katrin Eder/
Herrn Oberbürgermeister Michael Ebling**
Rathaus
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz

Beantragung eines Beweissicherungsverfahrens wegen der Errichtung der Deponie Mainz-Laubenheim. Möglichkeit des Regressanspruchs gegen die Stadt Mainz

Sehr geehrte Frau Dezernentin Eder,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ebling,

leider halten Sie Beide am Projekt der Deponie neben den Wohngebieten Weisenau, Hechtsheim und Laubenheim fest.

Ich möchte Sie direkt ansprechen, da Sie dieses Projekt aus meiner Sicht verantworten und für den Ablauf verantwortlich sind.

Aufgrund der Vielzahl von Bohrungen auf dem Deponiegelände mit der Rüttelstopftechnik beantrage ich für meine Immobilie ein **Beweissicherungsverfahren**. Dieses Verfahren muss vor der ersten Bohrung erfolgen.

Im Rahmen von Erdarbeiten kommt es sehr häufig zu Erschütterungen, welche noch mehrere hundert Meter von der Verursachungsstelle entfernt wirken. Ein aktuelles Beispiel ist der Bau von Stuttgart21. Dort gibt es nachgewiesene Fälle von Schäden durch Erdarbeiten an Anwohnerhäusern.

Sollte es zu Erschütterungen kommen und dadurch Risse an meiner Immobilie entstehen, könnte dieser Schaden den wirtschaftlichen Ruin für mich bedeuten.

Meine Einwendung und den Antrag auf Beweissicherung habe ich bereits an die Genehmigungsbehörde Süd gesandt. Ich möchte Sie als Vertreter der Stadt jedoch schon jetzt auf den etwaigen Regressanspruch hinweisen.

Mit freundlichen Grüßen
